

## Mündliche Anfragen

gemäß § 111 der Geschäftsordnung (Fragestunde) für die

**111. Sitzung des Deutschen Bundestages  
am Freitag, dem 7. Februar 1964**

### **I. Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern**

Abgeordneter <b>Kaffka</b>	Hat die Bundesregierung die in der Fragestunde vom 14. November 1963 von Staatssekretär Dr. Carstens zugesagte Überprüfung einer möglichen Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes vorgenommen?
-------------------------------	---

### **II. Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen**

- |                                      |   |
|--------------------------------------|---|
| II. 1. Abgeordneter<br><b>Bühler</b> | Ist dem Herrn Bundespostminister bekannt, daß der Schweizer Fernsehsender St. Chrischona bei Basel, der auf Kanal 11 das Schweizer Gebiet versorgt, in Richtung auf das deutsche Grenzgebiet abgeschirmt ist und somit die deutschen Fernsehteilnehmer nicht vom Bildverteilernetz erfaßt werden?                                 |
| II. 2. Abgeordneter<br><b>Bühler</b> | Trifft es zu, daß der geplante Fernsehsender Hochrhein, der nach seiner Fertigstellung auf Kanal 39 das 2. deutsche Fernsehprogramm ausstrahlen soll, in seiner Südausstrahlung herabgemindert wird, so daß ein Empfang des 2. deutschen Fernsehprogramms für die Schweizer Fernsehteilnehmer nicht möglich ist?                  |
| II. 3. Abgeordneter<br><b>Bühler</b> | Ist der Herr Bundespostminister bereit, im Wege zwischenstaatlicher Zusatzvereinbarungen eine Regelung herbeizuführen, die die Ausstrahlung von Fernsehprogrammen in die Schweiz und nach Deutschland ermöglicht?   |
| II. 4. Abgeordneter<br><b>Cramer</b> | Ist das Bundespostministerium bereit, eine Ergänzung des § 23 der Postverordnung dahin gehend vorzunehmen, daß Wurfsendungen nicht nur an „alle Haushaltungen“ sondern auch an „alle Postabholer“ gerichtet werden können?  |
| II. 5. Abgeordneter<br><b>Cramer</b> | Ist das Bundespostministerium bereit, unter ihren Fernsprechkunden dahin gehend aufklärend zu wirken, daß bei Wohnungs- oder Bürowechsel neue Anschlußkosten gespart werden können, wenn bisherige und künftige Fernsprechteilnehmer die Übergabe bzw. Übernahme bestehender Anschlüsse dem Fernmeldebauamt rechtzeitig anzeigen? |

Bonn, den 3. Februar 1964